

Guatemala – eine Geschichte der Enteignungen und des Widerstands

„Die Geschichte von Guatemala ist eine Geschichte der Enteignungen“, erklärt Fredi von El Observador. „Während der Kolonialisierung wurde die indigene Bevölkerung ihrer Souveränität beraubt, in der liberalen Epoche, die vom Ideal der Assimilation und der Ladinisierung der Indígenas geprägt war, ihrer Identität, während der Zeit des Bürgerkriegs wurde der Maya-Bevölkerung durch die grausame Politik der ‚verbrannten Erde‘ ihre Würde genommen und nun wird ihnen durch die Vergabe von Lizenzen für Megaprojekte ihr Land weggenommen.“

Wir sind an der Eröffnung der „Schule für politische Bildung für Jugendliche und Frauen in Huehuetenango.“ Wir weben mit an der Identität und dem Wissen von Jugendlichen und Frauen – für ein gutes Leben, lautet das Motto des einjährigen Ausbildungszyklus, der dieses Jahr zum zweiten Mal stattfindet. Rund 20 Jugendliche und Frauen nehmen daran teil. Durchgeführt wird der Lehrgang von der Frauenorganisation Mama Maquín in Zusammenarbeit mit der alternativen Zeitschrift El Observador, deren Mitarbeiter auch Workshops geben und Analysen zu soziopolitischen Themen machen.

Mama Maquín wurde 1990 von Maya-Frauen in den Flüchtlingscamps in Mexiko gegründet. Damals im Exil ging es hauptsächlich darum, die Stimme der Frauen gegenüber den verschiedenen NGOs und Regierungsinstitutionen hörbar zu machen, die Frauen über ihre Rechte aufzuklären und bei den Verhandlungen über die Rückkehr nach Guatemala das Recht der Frauen auf Landbesitz geltend zu machen. Heute – zurück in Guatemala – arbeitet Mama Maquín vor allem auf zwei Ebenen: jener der aktionsorientierten politischen Bildung von Frauen und Jugendlichen und jener der Einflussnahme auf Gesetzgebungsprozessen.

ACOGUATE, die Dachorganisation, unter der Peace Watch Switzerland in Guatemala agiert, begleitet die Sektion von Mama Maquín im Departement Huehuetenango seit 2010. Dies, nachdem die lokale Leaderin Drohungen erhielt, weil sie sich zusammen mit anderen wehrte gegen das Vorgehen beim Bau der „Franja Transversal del Norte“, einer Schnellstrasse, die Guatemala von der mexikanischen Grenze im Westen bis zur Karibik im Osten verbinden soll.

Die Bedrohung des Territoriums

Die Verteidigung des Territoriums, beziehungsweise der Widerstand gegen die letzte und aktuellste der eingangs erwähnten „Enteignungen“, ist das zentrale Thema der Menschenrechtsorganisationen, die wir in der Region Huehuetenango / San Marcos, in welcher ich im Einsatz war, begleiten.

Bedroht wird das Territorium der indigenen Bevölkerung in Guatemala durch Monokulturen (v.a. Ölpalmen und Zuckerrohr, das auch für die Ethanol-Herstellung angebaut wird), Bergbauprojekte und die Förderung von Erdöl sowie durch grosse Infrastrukturprojekte wie die erwähnte Franja Transversal del Norte, sogenannte technologische Korridore und Wasserkraftwerke.



Gemäss Information des nationalen Elektrifizierungsinstituts INDE gibt es zurzeit rund 145 Projekte für Wasserkraftwerke, die sich in verschiedenen Phasen der Planung oder Umsetzung befinden. Für Bergbauprojekte (Abbau von Gold, Silber, Nickel, Eisen u.a.) sind zurzeit etwa 170 Lizenzen vergeben, die meisten davon für Machbarkeitsstudien, in Betrieb sind momentan erst drei Minen. Die international wohl bekannteste ist die Mine Marlin, die von der kanadischen Firma GoldCorp im Departement San Marcos betrieben wird. Wir besuchen dort im Bezirk San Miguel regelmässig eine Basisorganisation, die sich gegen die Mine und deren negative Auswirkungen auf Mensch und Umwelt wehrt und deswegen immer wieder Drohungen und Angriffen ausgesetzt ist. Neben Gesetzeswidrigkeiten beim Kauf des Landes gehören verschmutztes Wasser wegen der Auswaschung des Goldes mit Zyanid, vermehrtes Auftreten von Hautausschlägen und anderen Krankheiten sowie Risse in den Häusern aufgrund der Sprengungen der Mine zu den Problemen, gegen die die MinengegnerInnen kämpfen.

Das grundlegende Problem bei all diesen Grossprojekten ist die fehlende Information und Mitbestimmung der betroffenen Bevölkerung. Gemäss Übereinkommen 169 der internationalen Arbeiterorganisation ILO über die Rechte indigener Völker, wie auch nach guatemaltekischer Gesetzgebung, muss die lokale Bevölkerung informiert und konsultiert werden, bevor ein Projekt zur Erkundung oder Ausbeutung natürlicher Ressourcen auf ihrem Gebiet genehmigt wird, um festzustellen, ob und in welchem Ausmaß ihre Interessen beeinträchtigt würden. Das ILO-Übereinkommen schreibt zudem vor, dass die betreffenden Völker wo immer möglich an dem Nutzen solcher Tätigkeiten teilhaben und einen angemessenen Ersatz für alle Schäden erhalten müssen, die sie infolge solcher Tätigkeiten erleiden.



In Guatemala müssen Bergbauunternehmen gerade mal 1% ihres Gewinns als Abgabe leisten. Die 45'000 Liter Wasser, die die Mine Marlin nach eigenen Angaben stündlich verbraucht, erhält sie gratis. Die verschiedenen Projekte, wie die Asphaltierung von Zugangsstrassen oder die Unterstützung beim Bau von Schulzimmern oder Fussballplätzen, die die Mine in den umliegenden Dörfern finanziert, werden von vielen eher als Versuch gesehen, die Bevölkerung zu „kaufen“, denn als wirkliche Beteiligung an dem Nutzen des

Goldabbaus oder als angemessenen Ersatz für die entstandenen Schäden.

Nachdem die GegnerInnen der Mine mit ihren Anliegen bei allen guatemaltekischen Instanzen abgeblitzt waren, klagten sie schliesslich vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission CIDH. Diese wies nach einer Anhörung der beteiligten Parteien im Mai 2010 den Staat Guatemala an, die Mine vorläufig zu schliessen, die Menschenrechtsverletzungen und die Auswirkungen der Mine auf die Umwelt zu untersuchen und weitere Massnahmen zu erfüllen.

Übergriffe bei der Mine Marlin

Ende Februar dieses Jahres blockierten rund 200 Mitglieder der Widerstandsbewegung zwei Strassen, die zu der Mine führen. Ziel war es, darauf aufmerksam zu machen, dass neun Monate, nachdem die CIDH die Massnahmen ausgesprochen hatte, rein gar nichts geschehen war. Die

Blockade sollte mehrere Tage aufrecht erhalten werden, bis sich seitens der Regierung oder der Mine etwas bewegen würde.

Wir sind über die Demonstration informiert, können aber selber nicht daran teilnehmen, da Strassenblockaden das Recht auf freien Verkehr, das über allen Menschenrechten zu stehen scheint, verletzen und es sehr wichtig ist, dass internationale BeobachterInnen nicht in Zusammenhang mit illegalen Aktivitäten gebracht werden, was die Legitimität der ganzen Arbeit gefährden würde. Wir haben am ersten Tag der Blockade noch eine andere Begleitanfrage und planen, wenn möglich am Nachmittag nach San Miguel zu reisen, um zumindest vom Sitz der Organisation aus die Geschehnisse zu verfolgen. Da die Fahrten jeweils lang sind und die Busverbindungen von einem Departement ins nächste eher spärlich, reicht uns das jedoch nicht. Wir rufen am Mittag J. an, einer unserer Kontakte der Organisation. Er berichtet, dass die Demo bisher ruhig verlaufen sei, und wir sind einigermassen beruhigt. Am Abend erhalten wir jedoch einen Anruf von unserer Koordinatorin in Guatemala-Stadt: Die Situation ist am späteren Nachmittag eskaliert. Als die Minen-GegnerInnen wegen des einsetzenden Regens schon beschlossen hatten, sich auf den Heimweg zu machen und am nächsten Tag weiter zu demonstrieren, wurden sie von Arbeitern der Mine und anderen Minen-BefürworterInnen, die mit Stöcken und auch Schusswaffen bewaffnet waren, angegriffen. Den DemonstrantInnen wurden Kameras und Handys abgenommen, viele wurden geschlagen oder mit Steinen beworfen und eine Gruppe wurde mitgenommen und im Gemeindehaus mehrere Stunden lang festgehalten, bedroht und gezwungen, ein sie belastendes Dokument zu unterschreiben.

Die lokale Polizei, erfahren wir, will nicht eingreifen, aus Angst, selber zwischen die Fronten zu geraten. Wir rufen den zuständigen Menschenrechtsbeauftragten der Regierung an, mit dem wir regelmässig im Austausch stehen. Er ist schon informiert und verspricht, zu tun, was in seinen Möglichkeiten steht.

Am nächsten Morgen machen wir uns so rasch als möglich auf den Weg nach San Miguel. Als wir am frühen Nachmittag am Sitz der Organisation eintreffen, sind dort viele der Leute, die an der Demonstration teilgenommen haben, und auch Vertreter anderer Organisationen versammelt, es wird Essen verteilt und das Erlebte diskutiert. Rund zwanzig Personen wurden verletzt, einer musste mit einer Kopfverletzung ins Spital eingeliefert werden, konnte aber schon wieder entlassen werden. Die Stimmung ist gedrückt.

Am Tag darauf kommen zwei Staatsanwälte aus der Hauptstadt, um die Anzeige gegen die Angreifer aufzunehmen. Dass der Fall von einer Abteilung in der Hauptstadt geführt wird, die ihre Arbeit ernst zu nehmen scheinen (sie nehmen bis Mitternacht Zeugenaussagen auf und sind am nächsten Morgen schon vor 6 Uhr wieder auf den Beinen) und nicht von

lokalen Staatsanwälten, die eher im Netz von lokalen Machtansprüchen und Korruption verstrickt sind, lässt hoffen, dass die Täter, von denen die Demonstrantinnen und Demonstranten viele kannten, früher oder später tatsächlich auch vor Gericht kommen. Wir begleiten eine Gruppe



Verletzter in die Departements-Hauptstadt zum forensischen Arzt, damit dieser die Verletzungen für die Anklage amtlich bestätigt.

Diese Begleitung und auch unsere üblichen regelmässigen Besuche bei der Organisation stellen vor allem eine moralische Unterstützung für die Leute dar. Das Wissen, nicht allein zu sein, ist eine wichtige Motivationshilfe für die Menschen, die sich tagtäglich in diesem konfliktiven Umfeld engagieren, ihren Kampf weiterzuführen. Vor allem während dieser Vorfälle war die Vernetzung mit internationalen Organisationen aber auch wichtig, um die Geschehnisse aus der Sicht der Widerstandsbewegung einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Sehr rasch hatte nämlich die Minenfirma eine Medienmitteilung veröffentlicht, in der sie die Widerstandsbewegung kriminalisierte.

In der Zeit nach diesen Vorfällen hat sich die Situation für die MinengegnerInnen verschärft; verschiedene Mitglieder der Organisation berichten, dass sie beobachtet werden, und auch von Autos, die auf der Strasse plötzlich ausscheren, um zu erschrecken oder auch tatsächlich jemanden anzufahren.

Die Situation in San Miguel ist sehr verfahren. Seit die Mine in Betrieb ist und ein Teil der Leute dort relativ gut bezahlte Arbeit gefunden hat oder in anderer Weise von der Anwesenheit des Unternehmens profitiert, ist die Bevölkerung gespalten in BefürworterInnen und GegnerInnen. Eine Lösung des Konflikts ist nicht in Sicht. Die Hoffnungen, die die MinengegnerInnen in das Urteil der interamerikanischen Menschenrechtskommission gesetzt haben, haben ein Jahr danach weitgehend einer Desillusionierung Platz gemacht. Anfang Juli dieses Jahres hat nun die Regierung auch eine Resolution verabschiedet, in der sie feststellt, dass es keinen Grund gibt, den Betrieb der Mine zu suspendieren und fordert, dass die CIDH ihre Massnahmen zurückzieht.

Strategien zur Verteidigung

Wie der Fall der Mine Marlin zeigt, ist es sehr schwierig, etwas zu unternehmen, wenn eine Firma schon vor Ort und ein Projekt schon am Laufen ist. Präventive Massnahmen zur Verteidigung des Territoriums sind darum wichtig. Eine der zentralen Strategien, auf welche die Basisorganisationen in Guatemala setzen, sind die Volksabstimmungen, die sogenannten „consultas“, an denen wir als internationale BeobachterInnen teilnehmen, und über die schon andere Einsatzleistende von Peace Watch berichtet haben.

In Sipacapa, einem der beiden Bezirke, in denen die Mine Marlin tätig ist, wurde 2005 eine der ersten dieser consultas durchgeführt. Im Bezirk San Miguel, wo der Bürgermeister schon immer ein



Befürworter der Mine war, kam keine Abstimmung zu Stande. Aber auch das deutliche Nein der Bevölkerung von Sipacapa konnte nicht verhindern, dass die Mine die Erlaubnis erhielt, auf dem Bezirksgebiet tätig zu werden – die Regierung anerkennt die Resultate der consultas nicht als bindend.

Inzwischen wurden in über 50 Bezirken (in verschiedenen Departementen) consultas durchgeführt. Abgestimmt wurde nicht nur zum

Thema Bergbau, sondern auch über Wasserkraftwerke oder Megaprojekte generell. Über eine Million Menschen (auch Kinder, die nach der traditionellen Maya-Kultur als zukünftige Betroffene in solche Entscheide eingebunden werden) haben daran teilgenommen und überall mit mehr als 90% Nein gesagt zu Minen- oder anderen Grossprojekten auf ihrem Territorium.

Im Februar dieses Jahres stellte nun die Regierung einen Vorschlag zur Reglementierung der consultas vor. Dieser war ohne Einbezug der Organisationen, welche die bisherigen Abstimmungen organisiert haben, erarbeitet worden. Gemäss dem Vorschlag sollen die consultas in Zukunft vom Staat organisiert werden, die Resultate wären aber weiterhin nicht bindend. Eine Vernehmlassungsfrist von ursprünglich einem Monat sollte allen Organisationen die Möglichkeit geben, sich zu dem Vorschlag zu äussern.

Die ADH, ein Zusammenschluss verschiedener Basisorganisationen aus dem Departement Huehuetenango, dessen Koordinationsgremium wir auch regelmässig besuchen und an verschiedene Versammlungen begleiten, wehrt sich zusammen mit anderen Organisationen mit juristischen Mitteln und sozialer Mobilisierung gegen diese Reglementierung der consultas. Nachdem die Regierung die Abstimmungen jahrelang ignoriert hat und bisher wenig bis keine Entscheide gefällt hat, die die Rechte der indigenen Bevölkerung stärken, fehlt das Vertrauen, dass die Reglementierung in irgendeiner Weise denen nützen könnte, die keine Grossprojekte auf ihrem Gebiet wollen.

Nachdem zuerst die Vernehmlassungsfrist verlängert und später ein Einspruch der Basisorganisationen vom Verfassungsgericht vorläufig gutgeheissen wurde, ist die Reglementierung zurzeit hängig und es ist unklar, ob die Regierung so kurz vor den im September stattfindenden Wahlen ein Interesse daran hat, ein Reglement zu verabschieden, bei dem Proteste schon vorprogrammiert sind.

Mehr als Abstimmungen

Bei den consultas geht es nie nur um das Resultat, sondern immer auch um die Sensibilisierung der Bevölkerung ganz allgemein. Die ADH und ihre MitstreiterInnen mussten jedoch feststellen, dass es nicht reicht, nur einmal eine Abstimmung durchzuführen. Auch wenn die EinwohnerInnen und die Regierung eines Bezirks und auch die lokale Regierung an einer consulta mit grosser Mehrheit beschliessen, dass sie keine Minenprojekte oder Wasserkraftwerke auf ihrem Gebiet wollen, heisst das nicht, dass nicht dennoch Land für solche Projekte verkauft wird und Bewilligungen erteilt werden, wenn später eine Firma konkrete Angebote macht. Eine Strategie besteht darum nun darin, jeweils den Jahrestag einer consulta zu feiern, um das Bekenntnis gewissermassen zu erneuern. Mein letzter Einsatz als internationale Beobachterin führte mich Mitte Mai an die feierliche „Erklärung des Maya-Mam-Volkes von Huehuetenango: keine Minen und andere Megaprojekte“ – auch dies eine Strategie zur Stärkung der Resultate der consultas. Nachdem in den letzten Jahren in allen Bezirken



des Departements Huehuetenango mit Mam-Bevölkerung eine consulta durchgeführt worden war, bekräftigt diese gemeinsame Erklärung, dass die Mam-Bevölkerung von Huehuetenango als ganze sich gegen Megaprojekte auf ihrem Territorium wehrt.

Der Kampf gegen den Ausverkauf ihres Territoriums hat die Identität der indigenen Bevölkerung gestärkt. Dem traditionellen Rat der Maya-Mam-Völker, der durch die Unterdrückung der Mayas während des Bürgerkrieges lange Zeit weitgehend unsichtbar war, scheint es zunehmend besser zu gelingen, sich zu organisieren und zu positionieren. Die verschiedenen Organisationen haben sich rund um die Durchführung der consultas vernetzt. Ohne die Situation in Guatemala vor meinem Einsatz wirklich gekannt zu haben, hatte ich den Eindruck ist, dass eine Bewegung am Erstarren ist, die sich bei ihrem Kampf für die Verteidigung des Territoriums ausdrücklich auf die traditionellen Werte der Maya-Kultur bezieht und die Selbstbestimmung der indigenen Völker anstrebt.

Die Abstimmungen rund um die Megaprojekte bringen ein Grundverständnis der indigenen Völker zum Ausdruck, das dem Entwicklungsverständnis der herrschenden Schichten grundlegend widerspricht. Während für letztere ausländische Investitionen und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen notwendig sind für die Entwicklung des Landes, lehnt ein grosser Teil der indigenen Bevölkerung Grossprojekte wie Minen kategorisch ab, auch wenn diese unter allerstrengsten Umweltauflagen durchgeführt würden. Die Ausbeutung der „Mutter Erde“ ist nach der Kosmvision der Mayas nicht vereinbar mit dem zentralen Prinzip des Gleichgewichts.



Gegen die Straflosigkeit

Neben diesen Organisationen, die sich für die Verteidigung ihres Territoriums einsetzen, haben wir regelmässig auch Leute in „Tibet“ besucht. Tibet ist der Name, den die (Tiefland-)Guerilla während des Bürgerkrieges einem hoch oben in den Cuchumatanes-Bergen liegenden Dorf gegeben hat. 1982 verübte das Militär hier ein Massaker, über 80 Personen wurden ermordet und das Dorf wurde vollständig abgebrannt. Seit einigen Jahren wird „Tibet“ dank der Initiative eines der Überlebenden, der in Kanada lebt, wieder aufgebaut. Wir besuchen hier und in einem benachbarten Dorf Zeuginnen und Zeugen des Massakers. Sie sind Mitglieder der nationalen Zeugenvereinigung AJR, welche verschiedene Prozesse gegen die Verantwortlichen der zahlreichen Massaker führt. Im Jahr 2001 reichte die AJR Klage ein gegen die Ex-Präsidenten Lucas García und Ríos Montt sowie gegen weitere hohe Militärs wegen Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Mühlen der guatemalteckischen Justiz mahlen langsam, wenn überhaupt; seit zehn Jahren schleppt sich das Verfahren dahin und wurde immer wieder von Einsprachen seitens der Angeklagten unterbrochen. Lucas García ist inzwischen gestorben, Ríos Montt ist 85. Das Verfahren am Laufen zu halten kostet viel Energie, die mehrheitlich sehr arme Bevölkerung hat dringendere Sorgen und nach

fast 30 Jahren gibt es auch einige, die die Geschichte endlich ruhen lassen möchten. In „Tibet“ ist die Situation zurzeit ruhig und eine Bedrohung ist nicht wahrnehmbar. Unsere Gespräche mit den Zeuginnen und Zeugen drehen sich zum grossen Teil um den Mais, das Wetter und andere Alltagsdinge. Selten spricht jemand von dem Massaker und noch seltener jemand von dem laufenden Prozess. Und doch ist der Wunsch nach Gerechtigkeit gross und vergessen hat die Gräueltaten niemand. Wie sich die Situation für die Zeuginnen und Zeugen entwickelt, wenn sich in dem Verfahren etwas bewegt und die Angeklagten plötzlich befürchten müssen, vielleicht tatsächlich für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen zu werden, ist nicht absehbar.

Im Juni dieses Jahres ist nun erstmals seit langem Bewegung in das Verfahren gekommen. Die Staatsanwaltschaft hat die Voruntersuchungen abgeschlossen und einen ersten Haftbefehl ausgesprochen. Am 17. Juni wurde der General Héctor Mario López Fuentes verhaftet und drei Tage später das erste Mal vom Gericht befragt. Er war Anfang der 80er-Jahre Generalstabchef der Armee und ist bis jetzt der ranghöchste Vertreter der Regierung, der im Zusammenhang mit dem Genozid vor Gericht gestellt wird. Dies ist ein wichtiger Schritt in einem Land wie Guatemala, dessen Justizsystem von Straflosigkeit geprägt ist. Für die Angehörigen der Opfer und die Überlebenden des Konflikts ist die Verhaftung ein Zeichen der Hoffnung, dass sich der Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit lohnt und dass die Gesetze und die Menschenrechte – nicht nur in Zusammenhang mit der Bürgerkriegsvergangenheit – durchgesetzt werden und das Justiz-System zu einem wird, das diesen Namen auch wirklich verdient.

Flurina Doppler (Text und Fotos), Juli 2011